

Übersicht über die aktuelle Lage in Belarus 19. Aug. 2020

Sanfte Tage sind vorbei. Die Sicherheitseinheiten sind wieder auf den Strassen. Die Demos für Unterstützung der streikenden Arbeiter werden zerstreut. Die Verhaftungen gibt es noch kaum, das ist aber die die Frage der Zeit. Die Foltern in den Gefängnissen finden statt.

Ein Mann, der Mitglied einer Wahlkommission, der am 09.08.2020 strikt abgelehnt hat, gefälschte Ergebnisse des Wahl zu signieren war erst verschwunden und dann nach eine Woche tot gefunden. Offiziell ist der Fall als Selbstmord oder Unfall erklärt, dem glaubt niemand. In der Liste der Verschwundenen steht jetzt 81 Name. Hoch-wahrscheinlich ist, dass diese Leute tot geprügelt oder tot gefoltert wurden und ihre Leichen dann geheim begraben oder verbrannt wurden.

Die Anstalten für die Zwangentziehung, wo normalerweise die Sucht- und Alkohol-abhängige isoliert und behandelt sind, sind in die KZ umgewandelt. Mindestens einer funktioniert schon. Offensichtlich wird z.Z. die Terrorwelle im Stil NKVD vorbereitet.

Die Streikende werden offiziell über die Massenkündigungen gewarnt, die schon in Zwischenzeit beginnen. Einige, u.a. die Mitarbeiter der staatlichen TV, werden mit den Streikbrechern vom Russland ersetzt.

Obwohl den Arbeiter noch genug Geld seitens Protestvereinigungen, seitens Privatspender und seitens vielen Firmen zur Verfügung steht, fehlt ihnen die Solidarität seitens Europa. Sie vertrauen auf Europäische Union als die Weltmacht, die helfen und unterstützen kann. Und wegen lahme, formale, nicht strikte, verspätete Reaktion aus der Union verlieren sie ihr Vertrauen, ihren Glaube. Für die Unterstützung von den baltischen Länder und Polen ist das Publikum dankbar. Die aber sind nicht Union.

Die Leute stellen die Frage: "Sind die Unionsländer und Unionsfölker für uns oder ist ihnen es egal was in Belarus passiert?" und bekommen von den Eliten die Antwort "wir wissen nicht. Anscheinend sollen wir damit rechnen, dass wir allein für unsere Rechte kämpfen müssen". Das demotiviert einigen Leuten stark einerseits und radikalisiert anderen in höchstem Mass. Gleichzeitig erinnert man die Worten von Hans-Georg Wieck, Leiter der OSCE-Gruppe in Minsk in 1998-2001: "Europa versagt. Macht das alles selbst" und auch "Die deklamatorische Solidarität der Europäischen Union mit der unterdrückten demokratischen Bewegung im Lande reicht nicht aus. Gefordert ist eine proaktive Unterstützung der demokratischen Alternative zum autoritären Unrechtsstaat." (siehe auch Zeitschrift "Osteuropa" 9/2006).

Dann meint man gerecht: wenn für uns nur wir selbst stehen, Herr Gott und St. Georg, Patron des Landes, wenn wir ausschliesslich zu unsere Kosten, mit Blut und Leid zahlend, den Freiheitskampf führen, wenn auch unsere Schwerst verletzte keine Reha-Hilfe bekommen, weil es für europäische Machthaber "organisationell zu kompliziert ist(c)", dann sind für uns diese Machthaber die minderwertige Feiglinge in teuren Anzügen. Und Schluss damit. Das war eine Zitate. Ich kann nichts dazugeben. Ich meine, jeder entscheidet selbst, gemäss seiner eigenen Ethik.

Dem Regime steht jetzt genug Geld zur Verfügung, um die Situation in Reihen der Anhänger zu stabilisieren und die Proteste ökonomisch zu erwürgen. Es ist geplant, auf die Stabilisierung des Rubels zu verzichten und eine Art des Inflationssteuer einzuführen um Geld umzuverteilen. Dadurch wird ein Geldfluss von der Gesellschaft an Machtapparat organisiert, das Geld wird von Streikenden von sich selbst abgenommen und diese verlieren wichtigster Kampfmittel.

Die Weissrussen sind traditionell sehr vorsichtig und glauben dem Staat nicht, in den Finanzsachen um so mehr. Die Valutareerven in EUR und USD hat jede Familie. Ein Witz illustriert die Situation am besten: "Es gibt in Belarus folgende Armutsstufen. Es gibt kein Geld. Es gibt wirklich gar kein Geld. Es gibt kein Grosch mehr. Letzte Stufe ist: man soll jetzt zur Bank gehen und Dollars wechseln." Diese Reserven schützen gegen der Inflationsenteignug kaum wenn die Regierung den Valutatransfer und / oder die Operationen oder Besitz der ausländischen Währung begrenzt oder gar verbietet.

Somit mindert sich das Risiko der massiven Enteignungen für ausländische Firmen. Andere Risikos wie Verlust vom hochqualifizierten Arbeitskraft oder Rufbeschädigung bleiben aktuell.

Die Regierung verwaltet wie früher, wie immer seit Jahrzehnten, die Firmen, auch ausländische, mit dem Gewalt und eisernem Hand. Ein Beispiel: A1 Belarus wurde gezwungen, die Datenflüsse nach aussen und von aussen nur über Beltelekom auszurichten. Dadurch liegt der internationaler Traffic unter der Kontrolle des Sicherheitsdienst von der Familie Lukashenko und KGB. Für A1 bedeutet das die Verluste.

Zur österreichische Presse: Ich würde die Artikels von Jutta Sommerbauer (Die Presse) zum Thema Belarus empfehlen. Früher hat Fr. Sommerbauer manchmal einige Lücken in ihrem Verständnis der Kontexten und Details, jetzt ist es aber nicht mehr Fall. **keine Werbung** :)